

Seite 1 Die Kundgebung in der Waldbühne / Foto: Wunnicke



**Seite 1 Für Einheit in Freiheit - Für Recht und Heimat
Ereignisreicher Monat für Vertriebene**

Berlin (Eig. Ber.). Zu einem ereignisreichen Monat gestaltete sich für die Vertriebenen der Monat August 1952. 8 Millionen vertriebene Deutsche begingen am Sonntag, dem 3. August 1952, in der Bundesrepublik und in Westberlin den traditionellen Tag der Heimat.

In Berlin versammelten sich 25 000 Heimatvertriebene aus Berlin und aus der Sowjetzone in der Waldbühne zur größten Kundgebung in Deutschland.

Eine Woche später, am 9. August 1952, trafen sich über 10 000 Berliner Heimatvertriebene gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung zur Weihe des Mahnmales für die Heimatvertriebenen auf dem Kreuzberg und zur Enthüllung der Straßenschilder am Mehringdamm, - Ecke Yorckstraße, die die Richtung in die ostdeutschen Städte anzeigen.

Am Sonntag, dem 17. August 1952 wurde das langersehnte Lastenausgleichsgesetz im Bundesgesetzblatt verkündet und tritt am 1. September 1952 in Kraft. In Berlin hat in diesem Monat die Schadensfeststellung begonnen. (Ausführliche Berichte siehe Artikel Seite 2.)

Zu den weiteren wichtigen Ereignissen dieses Monats gehört, dass der Bundesminister für Vertriebene, Dr. Hans Lukaschek, am Freitag, dem 22. August 1952, das „Haus der Ostdeutschen Heimat“ besuchte.

Seite 1 Appell an die Welt.

Tag der Heimat: „Wir rufen die Völker!“

Über 25 000 Vertriebene aus Westberlin, dem Sowjetsektor und der sowjetischen Besatzungszone füllten das weite Rund der Waldbühne. Im Halbkreis waren die Fahnen der 5 sowjetzonalen Länder und die Fahnen der deutschen Ostprovinzen und der ostdeutschen Städte trauerumflort gehisst.

Nach den Jahrhundertfeiern für die ostpreußischen Städte — Memel und Kreuzburg 700 Jahre, Zinten 600 Jahre und Tilsit 400 Jahre — und nach der Totenehrung appellierte der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen (BLV), Dr. Alfred Rojek, an die Welt:

„Wir rufen die Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird“.

Dr. Rojek gedachte der Deutschen in allen Ländern, insbesondere aber der Brüder und Schwestern jenseits von Oder und Neiße: „Wir sind uns dessen gewiss, dass, wenn sie Radio hören könnten, Tränen über ihre Gesichter rinnen würden und dass ihre Sehnsucht danach geht, uns recht bald bei ihnen in unserer Heimat zu wissen“. Er richtete auch Grüße an die Brüder und Schwestern der Sowjetischen Besatzungszone, die durch Unfreiheit und Gewalt gehindert, nicht an der Kundgebung teilnehmen konnten. Die 4,3 Millionen Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone sollten

gewiss sein, dass diese Kundgebung auch für sie stattfindet, denn gerade diese Heimatvertriebenen seien die Klammer des deutschen Volkes.

Der Senator für Sozialwesen, Otto Bach, erklärte, die 150 000 Heimatvertriebene, die in Berlin leben, seien Berliner und ein wesentlicher und wertvoller Bestandteil des Freiheitskampfes dieser Stadt geworden. Die Vertriebenen feierten den Tag der Heimat fern von ihren Dörfern und Städten, doch diese ferne Heimat sei für sie und für alle Deutschen eine Mahnung und ein Aufruf zum gemeinsamen Kampf um die Einheit Deutschlands in Freiheit. Kein deutscher Staatsmann dürfe es wagen, in irgendeinem Verträge auf den geringsten Teil der Heimat eines Deutschen zu verzichten. Auch Staatsmänner, die glauben, es zu sein, wie Pieck und Grotewohl, könnten dies nicht. Ein ausgesprochener Verzicht sei ungültig, unwirksam und eine Schande für Deutschland.

Kein Mensch auf der weiten Erde dürfe einem anderen Menschen seine Heimat streitig machen. Das Recht auf Heimat sei ein Menschenrecht.

Senator Bach forderte, dass die allgemeinen Menschenrechte einmal neue Formen des 20. Jahrhunderts erhalten müssen, darin müsste das Recht des Menschen auf seine Heimat verankert werden. Ferner sollte ein Internationaler Gerichtshof auch eine Internationale Exekutive haben, die in der Lage sei, dem Internationalen Recht Geltung zu verschaffen.

Seite 1 Forderungen der Berliner Heimatvertriebenen

Die politischen, sozialen und kulturellen Forderungen der Berliner Heimatvertriebenen hat der Vorsitzende des BLV, Dr. Alfred Rojek, in einer Pressekonferenz anlässlich des Tages der Heimat bekanntgegeben. Die Forderungen wurden in Resolutionen zusammengefasst, die von der Arbeitstagung der Kreisbetreuer aller Landsmannschaften beschlossen worden sind.

In einer Entschließung zum Lastenausgleich stellen die Heimatvertriebenen fest, dass das beschlossene Lastenausgleichsgesetz den erwarteten Lastenausgleich nicht bringe. Sie sehen in dem Gesetz nur einen ersten Schritt zur Verwirklichung der von Ihnen erwarteten wahrhaft sozialen Eingliederung der Heimatvertriebenen. Der BVD muss seine vornehmste Aufgabe darin sehen, Verbesserungen zu diesem Gesetz voranzutreiben, um allmählich eine gerechte Lastenverteilung zu erreichen.

Außerdem muss Berlin bei der Durchführung des Lastenausgleiches bevorzugt behandelt werden, da im Gegensatz zur Bundesrepublik das Soforthilfegesetz keine Gültigkeit hatte und daher ein Ausgleich für die bisherige Benachteiligung notwendig ist. Gleichzeitig forderten die Berliner Vertriebenen vom Senat, dass bei dem Ausbau der künftigen Berliner Lastenausgleichsbehörden bevorzugt Heimatvertriebene 131 angestellt werden.

In einer anderen Entschließung wird der Berliner Senat ersucht, in die Lehrpläne aller Berliner Schulen die Aufnahme von obligatorischen Unterrichtsstunden für ostdeutsche Kultur und Heimatkunde anzuordnen. Die Freie Universität in Westberlin soll ferner in möglichst großem Maße die Tradition der ostdeutschen Universitäten jenseits von Oder und Neiße fortsetzen und damit zu einer wahren ostdeutschen Universität ausgebaut werden. Der Senat soll außerdem dafür Sorge tragen, dass in Berlin bei allen Veranstaltungen die ostdeutsche Dichtung zu Worte kommt und die noch lebenden Künstler gefördert werden.

Die politischen Forderungen richteten sich auf die Schaffung einer Repräsentanz der Vertriebenen, die die Aufgabe hat, die Rückkehr in die Heimat vorzubereiten und dem Bundestag und der Bundesregierung als beratendes Organ in allen Fragen, die die ostdeutsche Heimat betreffen, zur Verfügung zu stehen. Die Heimatvertriebenen wiederholten auch ihre Forderung auf Verlegung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen nach Berlin. Die Herstellung eines direkten Kontaktes sei gerade jetzt in der Zeit der neuen Schikanen und der Versuche der weiteren Bolschewisierung der Sowjetzone durch die sowjetdeutsche Regierung für die Menschen in Mitteldeutschland lebensnotwendig geworden.

Seite 1 Protest gegen Stransky

Gegen die Teilnahme des ehemaligen tschechischen Justizministers Stransky am Internationalen Juristen-Kongress in Berlin protestierte die sudetendeutsche Landsmannschaft in Berlin. In dem Protest heißt es, Stransky sei von 1945 - 1948 tschechischer Justizminister gewesen. „Er unterschrieb jene Gesetze, die praktisch jeden Deutschen in der CSR für vogelfrei erklärten. Die General-Amnestie

in der CSR vom Jahre 1945 trägt seine Unterschrift, in der jene Verbrechen gegen die Menschlichkeit pardoniert werden, die während der Revolutionsmonate in der CSR begangen wurden. Auch in dem Kaschauer Dekret steht sein Name, durch das die deutsche Austreibung eingeleitet wurde“. Weiter heißt es in dem Protest, Männern vom Schlage eines Stransky dürfe in Deutschland keine Möglichkeit gegeben werden, an die Öffentlichkeit zu treten, da sie für das Blut von Hunderttausenden verantwortlich sind.

Seite 1 Dr. Kather: „Mit gemeinsamer Kraft“

Dann trat der Präsident des Bundes Vertriebener Deutscher (BVD), Dr. Linus Kather, an das Rednerpult und forderte, dass das „himmelschreiende Unrecht des Vertriebenseins nicht der abstumpfenden Gewalt der Gewohnheit zum Opfer fallen sollte“. Dr. Kather erklärte, dass die Männer der sowjetdeutschen Regierung gekennzeichnet sind durch den Verrat am deutschen Volk den sie begingen, indem sie ohne Spur von Ehrgefühl auf die Heimat verzichteten.

Die Heimatvertriebenen unterstützten durchaus die Bemühungen um erfolgreiche Viermächte-Besprechungen. „Wir wollen aber unsere Ostdeutsche Heimat in dem Wort Heimat mit einbezogen wissen“. Dr. Kather wendete sich auch gegen das kommunistische Regime der sowjetischen Besatzungszone, das mit seinen Graulen und Verbrechen, Justizmorden und Menschenraub besonderen Anlass zum Protest bietet.

Das sei der gleiche Ungeist, der unsere Eltern und Geschwister aus der Heimat verjagt habe. Der BVD werde sich künftig auch für die Sowjetzonenflüchtlinge einsetzen, kündigte Dr. Kather an.

Dr. Kather betonte, dass der BVD mit aller Macht und Kraft darauf hinwirke, den Vertriebenen wieder Arbeit und eine Existenz zu geben. Bisher sei die ganze Kraft vorzugsweise dazu verwendet worden, um die wirtschaftliche und soziale Notlage zu steuern. Jetzt, wo die politischen Entscheidungen auch in der Außenpolitik heranreifen, werden wir uns auch mehr den anderen Aufgaben widmen müssen. Dr. Kather verkündete, dass deshalb beim BVD ein außenpolitisches Referat und ein außenpolitischer Arbeitskreis geschaffen sei. Die Leitung des außenpolitischen Referats habe Botschafter a. D. von Dirksen übernommen.

Das Recht auf die Heimat sei ein allen Vertriebenen gemeinsames Recht. Deshalb könne dieses Recht, bei aller Anerkennung der Eigenständigkeit jeder Landsmannschaft, nicht von einer einzigen Landsmannschaft mit Aussicht auf Erfolg wahrgenommen werden, sondern nur mit der zusammengefassten Kraft aller Heimatvertriebenen.

Seite 2 Thema des Tages: „Schadensfeststellung“ / Von Heinrich Gutsche

Das vom Bundestag verabschiedete, den ersten praktischen Teil des kommenden Lastenausgleichs darstellende Schadensfeststellungsgesetz ist inzwischen auch in Berlin übernommen worden und durch Veröffentlichung in Nr. 46 des Gesetz- und Verordnungsblattes für Berlin am 9. Juli 1952 in Kraft getreten.

Sinn und Zweck der Schadensfeststellung ist es, Unterlagen für die Durchführung der Entschädigung im Lastenausgleich zu gewinnen und — einem besonderen Wunsche der Vertriebenen entsprechend — den Geschädigten eine amtliche Bestätigung über die erlittenen Verluste in die Hand zu geben. Ein Anspruch kann jedoch durch diese Schadensfeststellung nicht hergeleitet werden. Die Verfechtung der Leistungsansprüche ist erst dem kommenden Lastenausgleichsverfahren vorbehalten.

Welche Schäden werden überhaupt festgestellt?

Festgestellt werden Vertreibungsschäden, Kriegsschäden und Ostschäden. Die Heimatvertriebenen interessieren hiervon in erster Linie die Vertreibungsschäden, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass ein Kriegsschaden eines Vertriebenen als Vertreibungsschaden behandelt wird. Was aber ist unter einem Vertreibungsschaden zu verstehen?

Ein Vertreibungsschaden ist ein Schaden, den ein Vertriebener im Vertreibungsgebiet durch Vertreibungsmaßnahmen oder vorausgegangene Kriegshandlungen erlitten hat. Er umfasst land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen, Gegenstände der Berufsausübung, Hausrat, privatrechtliche geldwerte Ansprüche und Anteilsrechte.

Wer ist Vertriebener?

Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie oder aus den Gebieten außerhalb der Grenzen des

Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 ausgewiesen worden oder geflüchtet ist, Vertriebener ist auch der Umsiedler. Der Heimatvertriebene kann aber neben dem Vertreibungsschaden auch einen Kriegsschaden erlitten haben. Was ist nun ein Kriegsschaden? Das ist ein Schaden, der in der Zeit vom 26. August 1933 bis zum 31. Juli 1945 unmittelbar durch Kriegshandlungen an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, an Grundvermögen, an Gegenständen der Berufsausübung oder an Hausrat im derzeitigen Bereich des Bundesgebietes oder in Westberlin entstanden ist. Kriegssachschäden in der sowjetischen Besatzungszone, in Ost-Berlin oder im Ausland können vorerst nicht festgestellt werden.

Wer ist antragsberechtigt?

Antragsberechtigt ist jeder, der am 1. April 1952 das verlorene Vermögen besessen hat. Erben können jedoch den Antrag nur dann stellen, wenn sie nachweislich auf Grund eines Testamentes, Erbvertrages oder nach der gesetzlichen Erbfolge tatsächlich Erben sind. Der Antragsteller muss ferner am 31. Dezember 1950 den ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet oder in Westberlin gehabt haben. Anstelle des engen Begriffes „Wohnsitz“ oder „dauernder Aufenthalt“ ist bewusst der Begriff „ständiger Aufenthalt“ im Gesetz niedergelegt worden, weil sich sonst in der Praxis aus einer zu engen Auslegung des Begriffes „Wohnsitz“ Schwierigkeiten ergeben können.

Wann und wo ist der Feststellungsantrag in Berlin zu stellen?

Der Antrag kann im allgemeinen bis zum Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes gestellt werden. Mindestens wird für die Antragsstellung Zeit bis zum 31. Juli 1953 sein! Es liegt also nicht der geringste Grund zu irgendwelcher Überstürzung und damit zur Oberflächlichkeit in der Ausfüllung der amtlichen Vordrucke vor.

In Berlin sind die Anträge bei den bisherigen Dienststellen für Hausratshilfe und Kriegsschäden, die in Zukunft die Bezeichnung „Ausgleichsamt“ führen werden, bei den einzelnen Bezirksämtern einzureichen.

Was ist bei der Ausfüllung der Formblätter zu beachten?

Grundsätzlich müssen für die Anmeldung die amtlichen Formblätter verwendet werden, die zurzeit von den Bezirksämtern ausgegeben werden. Das Hauptformblatt LA 2 muss von allen Antragstellern ausgefüllt werden. Für Grundvermögen, Betriebsvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen müssen getrennte Beiblätter ausgefüllt werden.

Alle Formblätter sind je in doppelter Ausfertigung einzureichen!

Seite 2 Beratung und Hilfe bei der Aufstellung der Anträge!

Jeder Heimatvertriebene findet Rat und Hilfe bei seiner Landsmannschaft und beim Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen im „Haus der Ostdeutschen Heimat“ am Kaiserdamm 83, Tel. 92 01 91. Im Einzelnen möge jeder Heimatvertriebene folgenden dringenden Rat befolgen:

Zuerst wende Dich an Deinen Ortsbetreuer, der Dich und Deine Verhältnisse am besten kennt und der Dir bei der Ausfüllung der Vordrucke, bei der Beschaffung der erforderlichen Unterlagen usw. usw. Rat und Hilfe leisten wird. Außerdem wird immer dann der Kreisbetreuer mithelfen, wenn es erforderlich wird. Schwierigere Fälle wird der Kreisbetreuer dann an die Landsmannschaft weiterleiten, wo man ebenfalls gerüstet ist. Auch der BLV selbst richtet eine Beratungsstelle ein, wo der Heimatvertriebene selbst in Rechtsfragen Rat und Hilfe finden wird. Dies aber kann nur geschehen, wenn der Antrag tatsächlich bereits die Vorstationen: Ortsbetreuer, Kreisbetreuer und Landsmannschaft durchlaufen hat.

Schwierig wird für viele das ganze Verfahren dadurch, dass oft nur wenige oder gar keine Unterlagen vorhanden sind, die zum Beweise des einstigen Besitzes vorgelegt werden können. Um die notwendigen Feststellungen nicht unnötig zu komplizieren, sollte sich daher jeder auf das Ernsthafteste bemühen, die Angaben aus dem Gedächtnis so gewissenhaft und wahrheitsgemäß wie nur irgend möglich zu machen. Und hierbei sei auf eins warnend hingewiesen: Kaum ist die Feststellungsaktion angelaufen, da sind schon geschäftstüchtige Leute am Werk, die unter verlockendsten Versprechungen über ihre Leistungen die Scheu der Antragsteller vor amtlichen Vordrucken, vor Fragen und Schreibereien auszunutzen versuchen, um Euch teure Groschen für diese zweifelhafte Beratung abzuknöpfen. Heimatvertriebene! Lasst Euch nicht beschwatzen! Wirklich uneigennütigen Rat und Hilfe findet ihr bei Eurer Heimatvertriebenenorganisation, nämlich bei Eurer Landsmannschaft und dem BLV, die sich seit langem auf diese Aufgabe vorbereitet haben.

Seite 2 Jetzt schnell handeln von Dr. Hans Matthee, MdA

Nachdem Bundespräsident Heuß das Lastenausgleichsgesetz mit Wirkung vom 1. September d. J. in Kraft gesetzt hat, ist auch für das Berliner Abgeordnetenhaus der Weg frei, das Gesetz so schnell wie möglich zu beschließen. Es gilt dann, für alle beteiligten Dienststellen, unverzüglich Mittel und Wege zu suchen, um in verstärktem Umfang die Lastenausgleichsabgaben zu bekommen und eine zusätzliche Finanzierung zu erreichen. Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen hat bereits hierzu konkrete Vorschläge gemacht.

So sollen für die Hausratsentschädigung bis zum 31. Dezember 1953 aus dem Ausgleichsfonds 1 Milliarde DM bereitgestellt und an die Berechtigten ausgezahlt werden. Sollte der Ausgleichsfonds diesen Betrag nicht bereitstellen können, müsste notfalls eine kassenmäßige Vorfinanzierung erfolgen. Daneben soll die gesamte Wirtschaft, insbesondere die Möbelindustrie und Textilwirtschaft, zu der Vorleistung ihrer Lastenausgleichsabgaben herangezogen werden, indem sie Lieferscheine für die Berechtigten zur Verfügung stellt. Durch eine solche Aktion könnten zusätzlich etwa 750 Millionen DM bereitgestellt werden. Schließlich sind etwa 450 Millionen DM Hausratshilfe zu verrechnen, die bereits aus öffentlichen Mitteln an Entschädigungsberechtigte gewährt worden sind. Auf diese Weise könnten bis zum Jahresschluss 1953 2 ¼ Milliarden Hausratsentschädigung geleistet werden. Das wäre rund ⅓ der gesamten Hausratsentschädigung.

Es wäre durchaus zweckmäßig, dass sich auch die Berliner Stellen mit dem in Frage kommenden Gewerbe in Verbindung setzen, um auch hier, insbesondere die Textilwirtschaft und die Möbelindustrie, durch Ausgabe von Lieferscheinen in die Hausratsentschädigung einzubeziehen.

Ein Hauptaugenmerk ist auch auf die Eingliederung der Heimatvertriebenen und bombengeschädigten Handwerker, Gewerbetreibenden und Angehörigen der freien Berufe zu richten. Auch hier wird verlangt, dass in den nächsten 5 Rechnungsjahren ⅓% der für die Eingliederungshilfe verfügbaren Mittel, mindestens 300 Millionen DM jährlich, vom Ausgleichsfonds bereitgestellt werden. Es soll ferner die Übernahme bestehender Betriebe im Wege der langfristigen Pacht oder des Kaufs durch Entschädigungsberechtigte gefördert werden.

Es ist auch grundsätzlich anzustreben, dass die Abgabe von existenzfähigen Betrieben durch Abgabepflichtige als Vorleistung auf die Lastenausgleichsabgaben zu behandeln ist.

Schließlich ist in allen Fällen einer ernstlich beabsichtigten und nachgewiesenen Existenzgründung durch Entschädigungsberechtigte der Schaden bevorzugt festzustellen.

Es muss unter allen Umständen versucht werden, den sozialen Abstieg der Entschädigungsberechtigten in Rentnertum und wirtschaftliche Abhängigkeit zu unterbinden.

Schließlich muss auch der Vorrang aller Entschädigungsberechtigten bei der Vergabe der Mittel für die Wohnraumhilfe sichergestellt werden. Die Vertriebenen und Bombengeschädigten haben das erste Anrecht auf diese Mittel.

Ein bestimmter Prozentsatz der Wohnraumhilfemittel ist für erststellige Hypotheken in all den Fällen bereitzustellen, in denen Berechtigte geeignete Wohnbauprojekte nachweisen. Die Eingliederungshilfe müsste dann evtl. die 2. Hypothek ersetzen.

Oberstes Gesetz bleibt: dass alle Kräfte eingesetzt und mobilisiert werden, um so schnell wie möglich aus dem Lastenausgleich Mittel in verstärktem Umfang für Berlin zur Verfügung zu stellen, damit Schäden in Fällen der größten sozialen Dringlichkeit erstattet werden können.

Seite 2 Der Leser hat das Wort

Als ich heute die „Sudetendeutschen Nachrichten“ in die Hände nahm, glaubte ich, etwas aus unserer Heimat zu erfahren, doch als erstes fiel mir der Artikel „Wir wollen wieder nach Königsberg und Breslau fahren“ auf. Ich glaubte, die Zeitung „Der Schlesier“ in den Händen zu haben, denn auch in der Innenseite des Blattes sind Bilder von Breslau und „Wir seh'n uns wieder am Oderstrand“ zu sehen. Wer etwas von Schlesien oder Ostpreußen wissen will, mag sich seine entsprechenden Heimatzeitungen kaufen. Karl Böhm

Zu diesem Leserbrief ist ein Wort der Aufklärung zu sagen: Die im BLV vereinigten Landsmannschaften sind nicht der Meinung, dass das politische Geschehen in Ostpreußen, die Kultur

Ostpreußens oder Schlesiens oder einer anderen ostdeutschen Provinz „normalerweise“ nur die Ostpreußen oder die Schlesier interessieren kann, denn sie wissen: entweder kommen alle Vertriebenen in ihre Heimat zurück oder niemand. Der Kampf um die Heimat ist ein gemeinsamer Kampf aller Vertriebenen. Der Präsident des Bundes Vertriebener Deutscher, Dr. Linus Kather, hat gerade, wie auf der ersten Seite zu lesen ist, alle Landsmannschaften aufgerufen, zum gemeinsamen Ganzen zu stehen. Er sagt: „Der Kampf um die Heimat kann bei aller Anerkennung der Eigenständigkeit jeder Landsmannschaft nicht nur von einer einzigen Landsmannschaft mit Aussicht auf Erfolg wahrgenommen werden, sondern nur mit der zusammengefassten Kraft aller Heimatvertriebenen“.

Und ein anderes: Die Landsmannschaften haben u.a. in einer Resolution (siehe S. 1) gefordert, dass Ostkundeunterricht in den Schulen einzuführen sei. Wenn wir Heimatvertriebenen verlangen, dass sich die Einheimischen mit dem deutschen Osten befassen, und kennenlernen sollen, wo Eger und Königsberg, Breslau und Stettin liegen, dann ist es wohl auch selbstverständliche Pflicht der Vertriebenen, sich für ihre Schicksalsgefährten der Nachbarprovinzen zu interessieren. Ganz abgesehen davon entspringt ja die Oder im Sudetenland.

Aus der Erkenntnis, dass der Kampf um die Heimat nur gemeinsam geführt werden kann, haben die Landsmannschaften im BLV sich auch gemeinsam eine Zeitung geschaffen, mit den Kopfblättern „Schlesische“, „Sudetendeutsche“, „Ostpreußische“, „Westpreußische“ und „Danziger Nachrichten“.

Die 4. Seite dieser gemeinsamen Zeitung steht jeweils der Landsmannschaft voll zur Verfügung und die anderen Seiten werden gemeinsam von einem Redaktionsausschuss, an dem jede Landsmannschaft beteiligt ist, gestaltet. Dort wird alles das gebracht, was für alle Vertriebenen in Berlin gleichermaßen von Bedeutung ist. Was die Bilder und Artikel betrifft, so darf die Redaktion versichern, dass niemand bevorzugt wird, sondern jedes Gebiet an die Reihe kommt. Wenn in der letzten Ausgabe das Rathaus von Breslau abgebildet war, dann deshalb, weil das Gerichtsurteil des Amerikanischen Militärgerichts feststellte, Breslau sei deutsch und dieses Urteil ist für alle Heimatvertriebenen, auch für die Sudetendeutschen, wichtig, weil es einen Präzedenzfall schafft.

Rest der Seite: Werbung

Seite 3 Enthüllung des Mahnmals / Foto: Wunnicke



Seite 3 Mahnmal im Herzen Deutschlands.

Wegweiser nach dem Osten enthüllt

Vor 10 000 Heimatvertriebenen, Einwohnern der Sowjetzone und Berlinern wurde am Sonnabend, dem 9. August 1952, auf der höchsten Erhebung Berlins, dem Kreuzberg, ein 10 Meter hohes Holzkreuz als Mahnmal des deutschen Ostens errichtet. Unmittelbar vor der Weihe des Mahnmales, das auf Initiative des Kreuzberger Bürgermeisters, Willi Kreßmann, errichtet wurde, erfolgte die Enthüllung der Straßenschilder, die an der Yorckstraße Ecke Mehringdamm wieder aufgestellt wurden und die Entfernung in die ostdeutschen Städte angeben. Die Landsmannschaften waren zu dieser

würdigen Feierstunde mit ihren Fahnen erschienen. Zum ersten Mal seit Kriegsende haben mit den Vertriebenen gemeinsam auch die Einheimischen in dieser Feierstunde an die Welt auf Rückgabe des deutschen Ostens appelliert.

Vor den 10 000 Versammelten auf dem Kreuzberg rief Bürgermeister Schreiber am Mahnmal aus: „Die Oder und die Neiße waren niemals unsere Grenze und werden es auch nie sein. Wenn es in der Welt eine Gerechtigkeit gibt, wird uns dieses Land auf die Dauer nicht entrissen bleiben. Wir werden unser Recht auf die Heimat immer wieder zum Ausdruck bringen. Dieses Kreuz soll uns täglich an das erinnern, was uns einst gehörte“.

Unter dem Läuten der Freiheitsglocke, das von einem Tonband übertragen wurde, weihte der Initiator für die Errichtung dieses Mahnmales, Bürgermeister Kreßmann, das Gedenkkreuz.

Der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen, Dr. Alfred Rojek, erinnerte in seiner Ansprache daran, dass vor 2 Jahren auf den Uhlenklippen bei Bad Harzburg ein Mahnmal der Vertriebenen, das Kreuz des Deutschen Ostens, errichtet worden sei. Von dort aus rufe es in die ostdeutschen Lande. Damals habe der Bundesminister für Vertriebene, Dr. Lukaschek, die Festrede gehalten und erklärt, die Aufgabe des Deutschtums im Osten sei immer zugleich eine christliche und abendländische gewesen. Sie sei immer getragen worden von geistigen und kulturellen Strömungen, die der Gesamtheit des Abendlandes entsprachen und die das Fundament der ewigen Rechte seien, die von Gott dem Menschen gegeben worden sind. Das Kreuz also sei das Feldzeichen des Abendlandes. Dr. Lukaschek habe weiter gesagt, heute stehe dieses Kreuz noch dicht an der Zonengrenze, aber morgen werde es ein Kreuz im Herzen Deutschlands sein. Dr. Rojek wies auf das neu errichtete Mahnmal mit den Worten: „Heute stehen wir vor dem Kreuz im Herzen Deutschlands“. Berlin sei für alle, insbesondere für die Vertriebenen, die Hauptstadt aller Deutschen.

Die Heimatvertriebenen verzichteten auf Rache und Vergeltung, nicht aber auf ihr Heimatrecht. Im Kampf um die Zurückgewinnung der Heimat bleibt die einzige Waffe das Recht und das Recht sei eine Macht. Diese Macht stehe auf Seiten der Vertriebenen, denn sie sollten nur das Recht erobern und das Unrecht bezwingen. Dr. Rojek dankte den Bürgern und vor allem dem Kreuzberger Bürgermeister, Willi Kreßmann, für die Errichtung des Mahnmales. Damit sei ein lange gehegter Wunsch der Heimatvertriebenen und vieler Deutscher endlich verwirklicht worden.

Anschließend sprach Dr. Schluß vom Verband der Heimkehrer und trat dafür ein, dass künftig jede Sitzung und Tagung des Abgeordnetenhauses mit einer Gedenkminute an die Heimatvertriebenen und Kriegsgefangenen eröffnet wird.

Der FDP-Abgeordnete Günzel stellte fest, dass man für das Mahnmal keinen besseren Platz habe finden können.

Für die CDU sagte Lothar Wille: „Wenn Massenausweisungen in der Diktatur ein Verbrechen waren, sind sie auch ein Verbrechen, wenn Demokratien es tun oder zulassen“. Der SPD-Abgeordnete Lipschitz rief aus, man könne nicht eher von Frieden reden, bis der letzte Kriegsgefangene aus Sibirien heimgekehrt sei. Mit dem Lied „Ich hat einen Kameraden“ und den Kranzniederlegungen zum Gedenken an die Vertriebenen und Kriegsgefangenen endete die eindrucksvolle Kundgebung.

Vorher waren die Abordnungen der Landsmannschaften mit ihren Fahnen und Trachtengruppen zum Mehringdamm marschiert, wo Bürgermeister Kreßmann und die Sprecher der Landsmannschaften die Straßenschilder mit den Städtenamen der vorübergehend verlorengegangenen Heimat: „Königsberg i. Pr. 590 km“, — „Stettin 147 km“ nach „Breslau“ und „Gleiwitz“ enthüllten.

Der Bundesminister für Vertriebene Dr. Lukaschek legte anlässlich seines Berliner Aufenthaltes nach einem Besuch im Haus der Ostdeutschen Heimat am Freitag, dem 22. August 1952, einen Kranz am Mahnmal nieder. Die erschienenen Fahnenabordnungen der Landsmannschaften senkten die Fahnen.

Seite 3 Eine Anregung

Wir Heimatvertriebenen sehen in dem Mahnmal einen Anfang. Schon vor zwei Jahren hatte die Sudetendeutsche Landsmannschaft für eine solche Gedenkstätte einen Plan entworfen, der vorsah, dass jeder Volksgruppe des deutschen Ostens und Südostens, heute in Berlin durch Landsmannschaften vertreten, in einer sie ansprechenden Form Rechnung getragen wird. Ein hierfür selten günstiger Ort war ausersehen gewesen. In der Hasenheide, unterhalb des Jahndenkmals,

sollte an der vorhandenen Mauer — ausgelegt mit Kunststein — je ein Volksgruppenwappen und der Landschaftsname angebracht werden. Eine Hangvorrichtung für Kränze unterhalb der Wappen war gedacht. Eine kleine Anlage mit Bänken, inmitten dieser Anlage ein Kreuz, würde jedermann zum Verweilen und Nachdenken auffordern.

Später beschäftigte sich auch der BLV mit einem Projekt. Ein Wasserturm in Steglitz, unweit des Botanischen Gartens war für den Ausbau zu einem Mahnmal vorgeschlagen worden.

Nun zu dem Kreuz auf dem Kreuzberg. Freiwillige Gemeinschaftsarbeit der Heimatvertriebenen, der Einheimischen und des Senats sowie der Bezirksämter, könnten zum Ausbau einer würdigen Gedenkstätte beitragen.

12 Verwaltungsbezirke gibt es in Westberlin, 12 Bezirksbürgermeister müssten auch für folgenden Vorschlag zu haben sein: Wie wäre es, wenn jeder dieser Bezirke die Patenschaft über eine ost- und südostdeutsche Stadt übernehmen würde? Es wäre wohl ein sichtbarer Akt der Verbundenheit Berlins und seiner Bezirke zu uns Heimatvertriebenen. Eine gemeinsame Feierstunde, veranstaltet vom Senat und den Bezirken, etwa in der Waldbühne oder Festhalle am Funkturm, wird nicht nur Zehntausende Heimatvertriebene auf den Plan rufen, auch die Anteilnahme der einheimischen Bevölkerung wäre sicher. Berlin, die Inselstadt, die Stadt mitten im Freiheitskampf, anerkannt und geachtet wegen ihrer bisherigen Haltung in der ganzen freiheitlichen Welt, wäre so um einen denkwürdigen Tag und um ein nachahmenswertes Beispiel für andere Städte reicher.
Altwater

Seite 3 Nationalfeiertag in Berlin

In Berlin findet am 7. September, anlässlich des Nationalfeiertages, in der Waldbühne ein Festakt von 11.30 - 13 Uhr statt. Es sprechen Ministerpräsident Ehard und der Regierende Bürgermeister, Prof. Ernst Reuter. Zu dem Festakt sind alle Organisationen in Berlin eingeladen. Gerade für die Vertriebenen in Berlin ist der Tag von besonderer Bedeutung, weil er unter dem Motto Berlin und der deutsche Osten steht.

Alle Landsmannschaften werden sich mit ihren landsmannschaftlichen Fahnen am Festakte beteiligen. Die Landsmannschaften werden aufgerufen, sich zwischen 10.30 und 11.00 Uhr am 7. September vor dem Eingang zur Waldbühne zu versammeln, um dann mit den landsmannschaftlichen Fahnen geschlossen einzumarschieren.

Rest der Seite: Silberrätsel, Werbung.

Seite 4 Liegt Tilsit am Pregel?

Es ist nötig, auch die Schulbücher der Kinder aufmerksam zu lesen, vor allem aber dann, wenn in diesen Büchern auch etwas über Ostdeutschland geschrieben wird. Höchst merkwürdige Dinge kann man hier entdecken.

So las ich zu meinem Erstaunen in „Erdkundliche Bilder“, Heft 1/2, „Norddeutschland“, Seite 59, folgendes: Die bekanntesten Städte sind Marienburg mit seiner schönen Ordensburg an der Nogat, Marienwerder und Allenstein sowie Insterburg und Tilsit am Pregel. Ja, unser alter Pregel, liebe Landsleute, kann nach dieser Behauptung kein Flüsschen gewesen sein, auch kein Fluss, das war dann schon ein Strom, sollte er von Marienwerder nach Allenstein, von Allenstein über Insterburg nach Tilsit fließen. Wer weiß, wo er auch noch herkommt und wo er bleibt. Wie viel kleinere und größere Gewässer müsste er bei seinem Lauf von Südwesten nach dem Südosten und weiter durch das ganze mittlere Ostpreußen nach dem Norden aufnehmen. Nun, der Schreiber dieser Zeilen ist kein Gelehrter, auch kein Lehrer, er sagt nur seine Schulweisheiten. Von einem Strom dieser Ausmaße ist ihm und auch Ihnen, liebe Ostpreußen, nichts bekannt. Wohl aber wissen wir, dass Marienwerder an der Nogat liegt und der Fluss bis dahin Liebe heißt. Durch den Zusammenfluss von Angerapp und Inster entsteht bei Insterburg der Pregel. Allenstein liegt an der schönen Alle. An Tilsit fließt aber unser Schicksalsumwobener Strom, die Memel, vorbei.

Seite 4 Zinten, Kreuzberg und 90 Städte

Und nun nenne ich die beiden kleineren Städte des ostpreußischen Landes, Zinten und Kreuzberg, die in diesem Jahre ein 600- und 700jähriges Bestehen begehen können. Sie stehen für 90 ostpreußische Städte, die um die gleiche Zeit und meist von vornherein als Stadtgründung entstanden sind. In diesen Städten Zinten und Kreuzberg ist nichts Welterschütterndes geschehen. Es waren kleine, wie wir sagen, Landstädte, im Schatten der großen Schwester Königsberg. Aber den Verlust

dieser Städte Zinten und Kreuzburg und der vielen anderen verspüren wir sehr. Diese kleineren Städte versorgten das umgebende Land mit den Gütern, die der Westen lieferte. Und diese kleinen Städte wiederum sammelten den Ertrag des Landes und führten dessen Reichtümer an Getreide, Kartoffeln und Vieh den großen Städten im Westen zu. Täglich fuhren die Versorgungszüge von Ostpreußen nach Westen auf Gleisen und über Brücken, die heute nicht mehr vorhanden sind. Und wenn wir heute nun auf den Lebensmittelmarkt blicken und sehen, dass der Fleischpreis kaum mehr zu erschwingen ist und die Kartoffeln so knapp sind, dass sie aus Holland eingeführt werden müssen und so teuer, dass jeder Kauf überlegt werden muss, dann wird der Verlust dieser Kornkammer Ostpreußens wohl etwas mit der heutigen Knappheit und Teuerung zu tun haben.

Nun aber noch eine Frage. Wir wurden aus diesen Städten vertrieben. Wem zuliebe geschah es? Was für Menschen hat man da hineingesetzt? Nun, wir wissen es und haben es großen Teils selbst erlebt, wer die neuen Siedler sind, wissen, woher sie kamen. Diese neuen fühlen sich dort genau so wenig heimisch, wie jedes andere Volk, das seine Heimat verliert. Ihre Heimat ist nicht Ostpreußen. Sie haben keine Liebe zu unserem Land und können es auch gar nicht haben. Sie wissen ja auch nicht, wie blühend das Land zu unserer Zeit war, während es heute brach liegt, die Felder hoch verdistelt, die Gebäude verfallen, die Wege ohne Pflege, die Städte verkommen.

Wir sind heute getrennt von unseren Städten. Möge der Tag nicht fern sein, da wir wieder hinausziehen können, wie unsere Väter es taten und Städte wieder aufbauen auch dort, wo wir heute nur von Ruinen wissen.

Seite 4 Ruf an Memel, Tilsit, Zinten und Kreuzburg Festansprache von Dr. Frank Gürtler am Tag der Heimat.

Liebe Landsleute, die wir verbunden sind das gemeinsame Schicksal, Vertriebene zu sein!

Wir haben die Rufe gehört, die die Erinnerung wachrufen sollen an die ostpreußischen Städte Memel, Tilsit, Zinten, Kreuzburg.

Weil diese Städte in diesem Jahre 1952 Jubiläen begehen können von 400, 600, 700 Jahren, daher werden sie heute hier genannt.

Wir wissen wohl, viele Städte sind älter. Aber zunächst mussten die Städte des Reiches, im Westen und Süden unseres Vaterlandes entstehen, ehe sie ihrerseits Städtebauer nach dem Osten über die Weichsel hinaus schicken konnten. So sind unsere ostpreußischen Städte zwar jüngere Geschwister der Städte des Westens, aber sie sind nun auch schon viele Jahrhunderte alt. Und darauf kommt es uns heute an in dieser Stunde, hinzuweisen auf die Tatsache, dass dieses Land Ostpreußen von unseren Vorfahren schon vor Jahrhunderten besiedelt worden ist und die Städte von unseren Vorfahren gebaut wurden.

Wer kennt nicht Memel?

Wer kennt nicht den Namen Memel? Eine sehr alte Gründung der Deutschen, schon vor 700 Jahren erhielt es Stadtrecht. Die Siedler, die aus dem Reich kamen, waren Krüger und Kaufleute, Handwerker und Landwirte, Fischer und nicht zuletzt Seefahrer. Die Seefahrer wurden zu Reedern und so hatte Memel bis ins vorige Jahrhundert eine große Schiffsflotte, deren Fahrten in alle Welt gingen. Memel war die nördlichste Stadt unseres Vaterlandes, gelegen zwischen See und Haff mit dem natürlichen Hafen hinter den Molen, dem Tief, der Nehrung.

Memel war eine so rein deutsche Stadt, dass es in der schlimmsten napoleonischen Zeit zur letzten Zufluchtsstätte des Preußischen Staates wurde. Niemand hat vorher und nachher daran gedacht, dass Memel eines Tages verlorengehen könnte. War doch die Grenze, die das Memelland umschloss, wie überhaupt die ostpreußische Grenze, eine seit Jahrhunderten festliegende, die bei allen Verträgen und Friedensschlüssen, zuletzt auf dem Wiener Kongress, immer wieder bestätigt worden war. Diese Grenze erschien uns Ostpreußen daher als nicht zu erschüttern. Es war den Kriegsfolgen des 20. Jahrhunderts vorbehalten, uns diese Grenze zu zerschlagen. Gerade Memel wurde zunächst davon betroffen. Die 700 Jahre alte deutsche Stadt Memel wurde nach dem 1. Weltkrieg zum Spielball der großen und kleinen Völker und eines Tages wurde Memel mit Gewalt überrumpelt und herausgerissen aus dem Gefüge des Deutschen Reiches, aber selbst in dieser Zeit hat niemand bestreiten können, dass Stadt und Land Memel ein rein deutsches Gebiet waren.

Tilsit, die Handelsstadt

Tilsit hat vor 400 Jahren Stadtrecht erhalten, es besteht als Stadtflecken aber bereits 550 Jahre. Seine Lage am Memelstrom machte es zur natürlichen Handelsstadt. Die Verkehrsstraße war lange Zeit hindurch fast nur der große Strom und der Weiterweg ging über das Kurische Haff nach Memel hin oder nach Süden ins Königsberger Gebiet.

Tilsit sammelte den Reichtum des großen Hinterlandes, der mit Kähnen aus dem Strom, auf Landstraßen und mit Bahnen herangebracht wurde, stapelte die Waren, verarbeitete sie und leitete sie weiter. Sie kennen ein Erzeugnis des Tilsiter Landes gut, es ist Tilsiter Käse. Besonders hervorheben möchte ich noch die Beziehungen von Tilsit, so gut wie von Memel, zu den großen Waldgebieten, die hinter ihnen im Strombereich der Memel lagen. Diese Wälder im Osten lieferten das Holz, das in langen Flößen gebunden den Strom hinabschwamm.

Wir wissen aber auch, dass Holz weiter verarbeitet wird, vor allem zu Papier. Die großen Fabriken, die Holz verarbeiten, sind die Zellstoff-Fabriken. Die Zellstoff-Fabrik bei Tilsit war die größte des deutschen Ostens. Der Verlust dieser Zellstoff-Fabriken die im Küstengebiet der Ostsee lagen, von Memel über Tilsit, Königsberg bis hin nach Stettin, macht sich jetzt bitter bemerkbar.

In diesen Städten, gerade weil sie so fern ab lagen von den Kulturzentren des Reiches, blühte auch ein reiches künstlerisches Leben, besonders hinsichtlich Theater und Konzert. Und das war kein Wunder. Versetzen wir uns in die Zeit von vor 1914. Bis dahin gab es noch kein schnelleres Verkehrsmittel als die Bahn und die Bahnfahrten waren zeitraubend und im Übrigen beschwerlich. Da bot es sich von selbst an, dass die Künstler, die von Berlin oder Paris kamen und nach Russland auf Gastspiel fuhren, ebenso wie die großen russischen Künstler, Sänger, Schauspieler und Meister des Balletts auf der Reise hier in Tilsit oder Memel Station machten und ihre große Kunst zeigten. Man hatte in Memel und Tilsit also einen weltweiten Horizont.

Seite 4 Ostpreußische Heimatkirche

Dankbar benutzt die ostpreußische evangelische Kirche das Neuerscheinen der „Ostpreußischen Nachrichten“, um ihre alten Glieder, die in Berlin eine neue Heimat gefunden haben, herzlich zu grüßen. Der ostpreußische Bruderrat hat seit 1946 die evangelischen Landsleute in Berlin und der Umgegend zu sammeln gesucht und jährlich im Johannisstift in Spandau einen ostpreußischen Kirchentag gehalten. Der ostpreußische Prov.-Verein für Innere Mission (Dahlem, Reichensteiner Weg 24) hat, soweit es in seiner Kraft lag, den Ostpreußen mit Rat und Tat zu helfen gesucht.

So ladet der ostpreußische Bruderrat herzlich alle evangelischen Ostpreußen in Berlin zu seinen gottesdienstlichen Veranstaltungen ein. Es finden statt: Am Sonntag, dem 31. August, 16 Uhr: Gottesdienst in der Kirche in Schlachtensee, Matteredhornstraße 36 (10 Min. v. S-Bahnhof), Prädikant Lenkisch.

Sonntag, den 21. September, 16 Uhr, Kirche Schlachtensee, Pfarrer Moritz.

Sonnabend, den 11. Oktober, 20 Uhr, Kirche Nikolassee, Rüstgottesdienst, Pfarrer Tarnow.

Sonntag, den 12. Oktober, Ostpreußischer Kirchentag im Johannisstift (S-Bahn Spandau-West, Straßenbahn 54), 9.30 Uhr Andacht, Pfarrer George, 10 Uhr Vortrag, Kirchenrat Lokies: Christliche Erziehung. Anschließend Berichte. 13.30 Uhr Aussprache nach Kirchenkreisen. 15 Uhr Abendmahlsgottesdienst, Superintendent Füg.

Zur Auskunft über kirchliche Dinge ist jederzeit bereit Pfarrer Moritz, Neukölln, Saalestraße 36.

Seite 4 Wo treffen sich die Ostpreußen?

Landsmannschaft Ostpreußen (Bund der Vertriebenen Ostpreußen), Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, Tel. 92 01 91

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Charlottenburg

1. September 1952, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Parkrestaurant, Charlottenburg, Klausnerplatz 4.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Tempelhof

6. September 1952, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Restaurant Schulze, Berlin-Tempelhof, Te-Damm 193, Ecke Kaiserin-Augusta-Straße.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Tiergarten/Schöneberg

6. September 1952, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Restaurant zur Sonne, Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 21.

HEIMATKREIS PILLKALLEN/STALLUPÖNEN

6. September 1952, 18.00 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal: Vereinshaus Heumann, Berlin N 65 (Wedding), Nordufer 15, S-Bahnhof Putlitzstraße.

HEIMATKREIS ANGERBURG

21. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Kottbusser Klause, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 90.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Spandau

7. September 1952, 18.00 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Hasse, Berlin-Spandau, Pichelsdorfer Straße 29.

HEIMATKREIS RASTENBURG

7. September 1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Klubhaus am Fehrbelliner Platz, Hohenzollerndamm 185.

HEIMATKREIS TREUBURG

7. September 1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Domklause, Fehrbelliner Platz 2.

HEIMATKREIS SENSBURG

7. September 1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Inselkrug, Ernst Manier, Schöneberg, Gustav-Müller-Str. 8.

HEIMATKREIS LYCK

7. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Restaurant Masovia, Berlin SW 29, Bergmannstraße 52.
Straßenbahn Linie 3, U-Bahn Südsterne.

HEIMATKREIS GUMBINNEN

7. September 1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Parkrestaurant, Südende, Steglitzer Straße 14/16.

HEIMATKREIS ORTELSBURG

7. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Pilsener Urquell, Berlin-Wilmersdorf, Am Bundesplatz 2.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Neukölln

13. September 1952, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Monhaupt, Neukölln, Weserstraße 58.

HEIMATKREIS BARTENSTEIN

13. September 1952, 17.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Casino Schöneberg, Monumentenstraße 34. S-Bahn Gr.-Görschenstraße und Yorckstraße, U-Bahn Bülowstraße.

HEIMATKREIS JOHANNISBURG

14. September 1952, 15.30 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Rudolf Maslowski, Schöneberg, Vorbergstraße 11.

HEIMATKREIS OSTERODE/NEIDENBURG

14. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Sportfeldklause am Reichssportfeld, Reichssportfeldstraße 23.

HEIMATKREIS LÖTZEN

14. September 1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Kottbusser Klause, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 90.

HEIMATKREIS HEILIGENBEIL/PR. EYLAU

14. September 1952, 15.30 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Grunewald-Kasino, Berlin-Grunewald, Hubertusbader Str. 7/9, S-Bahn Halensee, Omnibus 10, Straßenbahn 76E.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Reinickendorf

18. September 1952, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Haus Philipp, Reinickendorf, Emmentaler Straße 49.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Wilmersdorf

20. September 1952, 19.00 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Paretzer Höh, Berlin-Wilmersdorf, Paretzer Straße 15.

HEIMATKREIS INSTERBURG

21. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Parkrestaurant, Südende, Mariendorfer Straße 72.

HEIMATKREIS HEILSBERG

21. September 1952, 15.30 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Brauhaussäle, Berlin-Schöneberg, Badensche Straße 52.

HEIMATKREIS GOLDAP/DARKEHMEN

21. September 1952, 14.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Zum Hähnlerl, Berlin-Friedenau, Hauptstraße 70.

HEIMATKREIS TILSIT/RAGNIT/ELCH-NIEDERUNG/MEMEL

7. September 1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Schloßrestaurant, Berlin-Tegel, Karolinenstraße 12.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Steglitz/Friedenau/Zehlendorf

22. September 1952, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Zum Elch, Berlin-Steglitz, Birkbuschstraße 90.

HEIMATKREIS KÖNIGSBERG, Bezirk Kreuzberg

24. September 1952, 19.30 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Gaststätte Nagel, Berlin-Kreuzberg, Manteuffelstraße 47.

HEIMATKREIS ALLENSTEIN

28. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Boehnkes Festsäle, Berlin-Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Str. 41/45.

HEIMATKREIS SAMLAND/LABIAU

28. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Ostpreußenklause, Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße.

HEIMATKREIS WEHLAU/TAPIAU

28. September 1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Kottbusser Klause, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 90.

HEIMATKREIS MOHRUNGEN

28. September 1952, 17.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Parkrestaurant, Südende, Steglitzer Straße 14/16.